

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Beginn des Ausbildungsjahres 2013/2014 und Handlungsbedarf für die Ausbildungs- und Fachkräftepolitik der Landesregierung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- I. dem Thüringer Landtag zu Beginn des Ausbildungsjahres 2013/2014 zur aktuellen Situation im Ausbildungsbereich zu berichten und dabei insbesondere zu folgenden Aspekten Stellung zu nehmen:
 1. zur quantitativen und qualitativen Entwicklung der Relation der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber und der betrieblichen Ausbildungsstellen in den letzten Jahren bis heute,
 2. zur Entwicklung des Anteils der Bewerberinnen und Bewerber, der dennoch nicht in eine betriebliche Ausbildung einmündet und zum Verbleib dieser Bewerberinnen und Bewerber,
 3. zur Frage, welche Schritte ergriffen werden können, um den Anteil der Bewerberinnen und Bewerber zu erhöhen, die zu Beginn des Ausbildungsjahres in eine betriebliche Ausbildung einmünden,
 4. zur Entwicklung der durchschnittlichen Ausbildungsentgelte und zur Entwicklung der durchschnittlich durch die Auszubildenden aufzubringenden Fahrtkosten zwischen Wohnort und Berufsschule seit 2009,
 5. zur Entwicklung der durchschnittlichen Unterkunftskosten für Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die am Berufsschulort im Internat wohnen (seit 2009),
 6. zum Umfang von Ausbildungsabbrüchen (Lösungsquote) in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Kammerbezirken und Lehrjahren absolut und prozentual sowie nach Kenntnis der Landesregierung zu den Gründen für Ausbildungsabbrüche,
 7. zur Entwicklung der Zahl der Thüringer Bewerberinnen und Bewerber, die letztlich einen Ausbildungsplatz in anderen Bundesländern annehmen,
 8. zur aktuellen Situation der Ausbildungsverbände und ihrer Wirksamkeit sowie zu der Frage, wie und in welchem Umfang Ausbildungsverbände künftig gefördert werden sollen,
 9. zu den Effekten des Einsatzes der Ausbildungscard;
- II. durch folgende, bis zum 31. März 2014 umzusetzende Maßnahmen junge Menschen, die in Thüringen eine Ausbildung absolvieren oder absolvieren möchten, effektiv zu unterstützen:
 1. Einbringung einer Initiative in den Bundesrat für ein Mindestausbildungsentgelt in Höhe von 500 Euro im ersten, 550 Euro im zwei-

- ten und 600 Euro im dritten Lehrjahr, das branchenspezifisch aufwärts weiter gestaffelt werden kann,
2. Neufassung der Richtlinie "Zuschüsse an Berufsschüler für die Ausbildung in Bundes- und Landesfachklassen bzw. anderen überregionalen Fachklassen während des Blockunterrichts" mit dem Ziel, dass Berufsschülerinnen und Berufsschüler, welche einen Fahrtweg zwischen Wohnort und Schule oder zwischen Betrieb und Schule von mehr als 30 Minuten in eine Richtung zu bewältigen haben, Anspruch auf einen Zuschuss zu den Fahrtkosten aus dem Landeshaushalt erhalten sowie der Aufnahme eines Zuschusses für Internatskosten in dieselbe Richtlinie,
 3. die Schaffung verbindlicher, transparenter Rahmenbedingungen für die Förderung von Ausbildungsverbänden als Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Begründung:

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2013/2014 ist die Situation auf dem Thüringer Ausbildungsmarkt sehr widersprüchlich. Einerseits stehen in Thüringen mehr als 1.000 freie betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, die zum großen Teil gute berufliche Chancen versprechen, und andererseits fehlen offensichtlich Menschen, um diese Ausbildungsplätze zu besetzen. Weiterhin werden viele junge Menschen als Bewerberinnen und Bewerber erfasst, die am Ende des Vermittlungsverfahrens trotz ursprünglichen Wunsches nicht in einem betrieblichen Ausbildungsplatz ankommen. Der Anteil benachteiligter Bewerberinnen und Bewerber, die trotz Unterstützungsmaßnahmen nicht in berufsqualifizierende Ausbildung integriert werden können, geht zudem trotz des Ausbildungsplatzüberhangs nicht zurück.

Aktuell wird darüber gestritten, ob organisatorische Mittel, wie die Ausbildungscard, geeignet sind, diese Situation im Sinne der Jugendlichen und der Betriebe zu verbessern, oder ob die Fachkräfte- und Ausbildungspolitik in Land und Bund grundlegend neu ausgerichtet werden muss. Eine entscheidende Rolle in dieser Diskussion spielen auch die Ausbildungsverbände. Angesichts der Tatsache, dass ein hoher Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze in Thüringen über die Verbände bereitgestellt wird, ist die Frage, welche Politik die Landesregierung gegenüber den Verbänden verfolgt - eine Grundfrage der gegenwärtigen Ausbildungspolitik.

Für die Fraktion:

Ramelow